

EINGEGANGEN 05. März 2004

DS-Nr. 49/2004

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Fürstenwerder, d. 03.03.04

Anfrage aus dem Kreistag 17. 3. 2004

Auf dem Kreistag am 27.12. 2003 haben Sie, Herr Landrat, im Zusammenhang mit dem Brückenbau an der Autobahn bei Pfingstberg meinen Namen öffentlich gemacht und den Eindruck vermittelt, ich wäre Schuld an der fehlenden Behelfsbrücke, was mir eine Menge Unannehmlichkeiten beschert hat. Auf dem Kreistag am 11.02.04 wurde es mir verwehrt, zu der Anschuldigung Stellung zu nehmen. Deshalb heute einige Fragen an Sie:

1. Sind Sie bereit zu bestätigen, daß weder das Stellungnahmeersuchen des Brandenburgischen Straßenbauamtes Strausberg vom 10. Okt. 2001 zum Plangenehmigungsverfahren, noch die von der Kreisverwaltung abgegebene Stellungnahme meine Unterschrift bzw. mein Namenskürzel tragen?
2. Wenn ja, warum haben Sie ausgerechnet mich der öffentlichen Kritik ausgesetzt, wo Sie doch wußten, daß ich die Stellungnahme weder erarbeitet, noch gegengezeichnet, noch unterschrieben habe, diese also gar nicht über meinen Tisch gegangen ist?

Mehrfach haben Sie öffentlich kritisiert, daß die Kreisverwaltung nur eine **unabgestimmte** Stellungnahme abgegeben hat.

3. Ist es nicht vielmehr so, daß das Bauordnungsamt einschließlich untere Denkmalschutzbehörde, das Planungsamt, das Umweltamt mit Wasserbehörde, Naturschutzbehörde und Abfallwirtschaftsbehörde, das Ordnungsamt und das Wirtschaftsamt in die Erarbeitung der Stellungnahme einbezogen worden sind und die komplette Stellungnahme von Dr. Benthin persönlich gegengezeichnet worden ist?

Weiterhin haben Sie öffentlich geäußert, daß es nach der bereits vor so langer Zeit abgegebenen Stellungnahme nicht mehr möglich war, hinsichtlich einer Behelfsbrücke etwas zu erreichen..

4. Sind Sie bereit zu bestätigen, daß das Straßenbauamt das Plangenehmigungsverfahren nach § 38 abgebrochen und durch ein vereinfachtes Verfahren nach § 10, Abs. 2, Brandenburger Straßengesetz ersetzt hat und diesen Sachverhalt mit Schreiben vom 19.04.02 der Kreisverwaltung mitgeteilt hat?
5. Darf ich Sie daran erinnern, daß Sie zu diesem Zeitpunkt bereits Landrat waren und ich schon einige Wochen im Ruhestand?
6. Wenn nun wirklich vor Ihrem Amtsantritt in der Verwaltung so miserabel gearbeitet worden ist wie Sie es der Öffentlichkeit vermittelt haben, warum haben Sie jetzt nicht die Möglichkeit genutzt, in das Verfahren einzugreifen?

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frankfurt